



Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie
GmbH

Danyel Reiche

Staatsfonds als neues Instrument der Klimaschutzpolitik?

Eine Fallstudie am Beispiel von
Norwegen als Pionier einer ethischen
Kriterien folgenden Anlagepolitik

Nr. 173 · September 2008
ISSN 0949-5266

Wuppertal Papers

Herausgeber:

Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie GmbH
Döppersberg 19

42103 Wuppertal

Autor:

PD Dr. Danyel Reiche
Forschungsgruppe „Zukünftige Energie- und Mobilitätsstrukturen“

E-Mail: danyel.reiche@wupperinst.org

„Wuppertal Papers“ sind Diskussionspapiere. Sie sollen Interessenten frühzeitig mit bestimmten Aspekten der Arbeit des Instituts vertraut machen und zu kritischer Diskussion einladen. Das Wuppertal Institut achtet auf ihre wissenschaftliche Qualität, identifiziert sich aber nicht notwendigerweise mit ihrem Inhalt.

“Wuppertal Papers” are discussion papers. Their purpose is to introduce, at an early stage, certain aspects of the Wuppertal Institute’s work to interested parties and to initiate critical discussions. The Wuppertal Institute considers its scientific quality as important, however, it does not essentially identify itself with the content.

Dem vorliegenden Text liegt ein zweimonatiger Forschungsaufenthalt am Institut für Klimaforschung CICERO in Oslo/Norwegen im Frühjahr 2008 zugrunde, der vom E.ON Ruhrgas Stipendienprogramm für Politikwissenschaft gefördert wurde.

Zusammenfassung

Der Ressourcenreichtum Norwegens hat die Grundlage dafür geschaffen, dass der nordeuropäische Staat weltweit zu den Ländern mit dem höchsten Lebensstandard zählt. Doch fossile Energien sind endlich, und auch nach ihrer Erschöpfung soll der norwegische Wohlfahrtsstaat Bestand haben. Deshalb wurde in dem Königreich im Jahr 1990 ein Staatsfonds aufgelegt, in dem seither die Überschüsse aus dem Öl- und Gasverkauf angelegt werden. Diese Mittel sollen die Handlungsfähigkeit des Staates in der Post-Petroleum Ära sicherstellen.

Ende der 1990er Jahre wurden in der norwegischen Gesellschaft Stimmen laut, dass der Staatsfonds nicht nur zur intergenerationellen Gerechtigkeit, sondern auch zur Umsetzung der Werte und Normen des Landes in der Gegenwart beitragen sollte. Ende 2004 wurden schließlich vom Parlament (Storting) auf Basis des Graver Reports ethische Richtlinien für die Anlagepolitik des Staatsfonds beschlossen. Der mit einem Vermögen von über 280 Mrd. Euro (Stand Ende 2007) zweitgrößte Staatsfonds der Welt soll nun nur noch Unternehmen in seinem Portfolio haben, die diese ethischen Richtlinien einhalten. Im vorliegenden Paper werden Genese und Outcome dieser Entwicklung eines „Dritten Weges“ zwischen Profitmaximierung und Nachhaltigkeit dargestellt.

Die Ethik-Richtlinie hat verschiedene Dimensionen (u.a. kein Beitrag zu Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit, schweren Umweltschäden, etc.), wobei sich der vorliegende Text auf die Fragestellung konzentriert, inwiefern Staatsfonds ein neues Instrument der Klimaschutzpolitik sein können. Dazu werden der Beitrag der beiden Hauptinstrumente der Ethikrichtlinien, das „Active Ownership“ und der Unternehmensausschluss, zum globalen Klimaschutz ebenso analysiert wie die zu ihrer Umsetzung eingerichteten Akteure. Die Bandbreite der Auswirkungen reicht dabei vom Dialog mit Unternehmen in den USA, Lobbytätigkeiten gegen vom Kongress geplante Klimaschutzgesetze einzustellen bis hin zur Verbannung einzelner Firmen aus dem Portfolio des Staatsfonds wegen groben Verstößen gegen die Ethik-Richtlinien.

Die Möglichkeiten und Grenzen einer Übernahme der norwegischen Regeln durch andere Akteure der Finanzwirtschaft werden ebenso untersucht wie erste Diffusionseffekte. Schließlich wird auf die laufende Evaluation der Ethik-Richtlinien und auf Stand und Perspektiven norwegischer Klimaschutzinnenpolitik eingegangen.

Abstract

Norway's abundance of resources is the establishing factor in explaining how the North European state ranks among the countries worldwide with the highest standard of living. Indeed, fossil fuels are finite and after their depletion the Norwegian social welfare state should endure. Therefore, a sovereign wealth fund has been founded in the kingdom in 1990, in which the surpluses from the oil and gas industry sales have been invested from that time on. This method should secure the state's ability to act in the post-petroleum era.

At the end of the 1990's the voice of Norwegian society insisted that the sovereign wealth fund should not only be for intergenerational justice, but should also contribute to the implementation of worth and norms of the present country. In the end of 2004 the Parliament (Storting), on the basis of the Graver Report, finally agreed upon ethical regulations for the investment of the sovereign wealth fund. With capital of over 280 billion Euros (figures from 2007), the second largest sovereign wealth fund in the world, they should now only have businesses in their portfolio which adhere to those ethical regulations. In the present paper, the emergence and outcomes of the development of a "Third Way" between maximising profit and sustainability will be illustrated.

The ethical regulations have different dimensions (e.g. no contribution to human rights violations, child labour, serious environmental damages, etc.) to which the present text concentrates on posing the question to what extent sovereign wealth funds could be a new instrument of climate protection policy. For this purpose, the contribution of both main instruments of ethical regulations, "Active Ownership" and the exclusion of businesses, were analysed as well as the actors which have been created for their implementation. The repercussions reach from dialogs with businesses in the USA to stop lobby activities against Congress-planned climate protection laws, such as an emissions trading system, to adjusting to the exclusion of individual firms from the portfolio of welfare states, due to a breach of ethics.

The drawbacks and constraints of a takeover of the Norwegian regulations by other financial actors and its first diffusion effects will be analyzed. Finally, this article will deal with the running evaluations of the ethical regulations and Norwegian current and future domestic climate policies.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
2. Ressourcenvorkommen als Ausgangspunkt für Staatsfonds	10
3. Vom ersten norwegischen Ölfeld zum Staatsfonds	11
4. Von der intergenerationellen Gerechtigkeit zur Ethik der Gegenwart	14
5. Anwendung der Ethik-Richtlinien im Bereich Umwelt- und Klimaschutz	16
6. Beitrag der Ethik-Richtlinien zum globalen Klimaschutz – Restriktionen und Erfolgsbedingungen	20
7. Evaluation der Ethik-Richtlinien	22
8. Diffusion der Ethik-Richtlinien	24
9. Resümee und Ausblick	27
Literatur	29
Internetadressen	30
Gesprächspartnerliste	30

1. Einleitung

Norwegen zählt zu den Ländern mit der höchsten Lebensqualität in der Welt. In einschlägigen Rankings wie dem Human Development Index (HDI), der den Stand der menschlichen Entwicklung misst¹ und jährlich vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) herausgegeben wird, taucht der nordeuropäische Staat stets in der Spitzengruppe auf. Im HDI-Ranking 2007/2008 belegte Norwegen hinter Island und noch vor Australien Platz 2.² Die Norweger verfügen nicht nur über ein hohes Einkommen, das Land verfügt auch über eine sehr gute Infrastruktur, der Staat ist schuldenfrei und erzielt Haushaltsüberschüsse, die in einem Fonds für zukünftige Generationen angelegt werden.

Seinen Wohlstand verdankt das skandinavische Land zu einem großen Teil seinen Öl- und Gasvorkommen. Dabei wird versucht, die Nutzung dieser fossilen Ressourcen im Inland möglichst gering zu halten, um sie vornehmlich zu exportieren und damit den Wohlstand des Landes noch weiter mehren zu können. Im Inland setzt das Königreich daher auf die Nutzung erneuerbarer Energien. 98,2 Prozent der im Inland produzierten Elektrizität (Zahlenangabe für 2007) wird vergleichsweise umweltfreundlich und kostengünstig in Wasserkraftanlagen produziert.³ Interessanterweise wurden die größten Wasserkraftwerke zwischen 1970 und 1985 realisiert – also erst *nachdem* das Land seinen Öl- und Gas-Pfad Anfang der 1970er Jahre nach entsprechenden Funden aufgenommen hatte. Norwegen ist der sechstgrößte Wasserkraftstromproduzent in der Welt, aber kein Land produziert pro Einwohner betrachtet so viel Hydrostrom. Der Pro-Kopf Stromverbrauch in Norwegen ist deshalb so hoch, weil Elektrizität in der Mehrzahl aller Haushalte auch zum Heizen genutzt wird.⁴

¹ Parameter sind dabei das Bruttonationaleinkommen pro Einwohner eines Landes, die Lebenserwartung, der Bildungsgrad mit Hilfe der Alphabetisierungsrate und die Einschulungsrate der Bevölkerung.

² United Nations Development Programme, <http://hdr.undp.org/en/statistics/>, letzter Zugriff am 29.5.2008

³ 0,7 Prozent des Stroms wurde in Windkraftanlagen produziert, 1,1 Prozent in thermischen Kraftwerken. Die gesamte Menge produzierter Elektrizität in Norwegen lag im Jahr 2007 bei 136,1 TWh. Siehe http://www.nve.no/modules/module_109/publisher_view_product.asp?iEntityId=11476, letzter Zugriff am 10.06.2008.

⁴ Ministry of Petroleum and Energy, <http://www.regjeringen.no/en/dep/oed/Subject/Energy-in-Norway.html?id=86981>, letzter Zugriff am 30.05.2008

Um auch zukünftigen Generationen einen hohen Lebensstandard zu ermöglichen, werden die Einnahmen aus dem Öl- und Gasverkauf vorwiegend in einem Fonds angelegt. Der Norwegian Governmental Pension Fund zählt mit ca. 8.000 Beteiligungen und einem Anlagevermögen von 438 Mrd. USD⁵ (282,13 Mrd. €)⁶ zu den größten Staatsfonds der Welt.

Im November 2004 hat das norwegische Parlament beschlossen, dass die Verwaltung des Fonds-Eigentums zukünftig ethischen Richtlinien zu folgen hat. Dazu zählt neben dem Einsatz für Menschenrechte unter anderem auch der Klimaschutz, worauf sich der vorliegende Text konzentriert. Die Beteiligungen von Unternehmen, die gegen die Umsetzung dieser Ziele wirken und keine Besserung geloben, sollen veräußert werden. Im Vordergrund soll aber ein aktiver Dialog mit den Unternehmen über die Unterstützung (unter anderem) einer pro-aktiven Klimaschutzpolitik stehen, der Ausschluss aus dem Portfolio des norwegischen Staatsfonds nur ein letzter Schritt sein.

In diesem Paper soll diskutiert werden, inwiefern Staatsfonds ein neues Instrument in der Klimaschutzpolitik sein können⁷. Dazu wird zunächst ausgeführt, dass Ressourcen-vorkommen und die Einnahmen aus ihrem Verkauf ein häufiger Anlass für die Bildung von Staatsfonds sind. Im internationalen Vergleich wird dargestellt, dass Norwegen über den zurzeit zweitgrößten Staatsfonds der Welt verfügt (Abschnitt 2). Anschließend wird ein kurzer Abriss der norwegischen Geschichte der Öl- und Gasförderung vorgenommen und dargestellt, wie es 1990 zur Bildung des Staatsfonds kam. Der Mechanismus, wie die Einnahmen aus dem Petroleum-Geschäft einerseits dem Fonds zugute kommen, andererseits aber auch ein Budget-Defizit im Staatshaushalt verhindern, ist Gegenstand von Abschnitt 3.

Abschnitt 4 zeichnet nach, wie für den Fonds neben dem Anspruch der inter-generationellen Gerechtigkeit (Vermögensaufbau zur Beibehaltung des norwegischen Wohlfahrtstaates auch nach Erschöpfung der Öl- und Erdgas-Ressourcen), der seit seiner Auflegung im Jahr 1990 das Leitmotiv ist, im Jahr 2004 mit den Ethik-Richtlinien Werte und Normen für die Anlagepolitik der Gegenwart formuliert worden sind. Die Hauptinstrumente der Ethik-Richtlinien, das so genannte „Active Ownership“ und der Unternehmensausschluss, und die für ihre Umsetzung zuständigen Akteure Staatsbank, Finanzministerium und Ethikrat werden dargestellt. Anschließend (Abschnitt 5) werden die Folgen der Anwendung der Ethik-Richtlinien untersucht, wobei der Schwerpunkt auf das Thema Klimaschutz gelegt wird. Es wird gezeigt, dass die Bandbreite der Ergebnisse dabei vom (nach eigener Einschätzung erfolgreichen) Dialog mit Unternehmen in den USA, damit diese Lobbytätigkeiten gegen vom Kongress

⁵ Stand Ende 2007, Deutsche Bank Research, http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_EN-PROD/PROD000000000219224.pdf, letzter Zugriff am 29.05.2008

⁶ Alle Kurse in diesem Text vom 20.06.2008 gemäß dem Währungsrechner <http://www.oanda.com/convert/classic>. Danach entsprach 1 NOK 0,12453 € bzw. 0,19335 USD.

⁷ Auf andere Aspekte der Ethischen Richtlinien wie das Thema Menschenrechte wird aus Gründen der Konzentration nicht weiter eingegangen.

geplante Klimaschutzgesetze, etwa einem Emissionshandelssystem, unterlassen, bis hin zur Verbannung einzelner Firmen aus dem Portfolio des Staatsfonds reicht.

Wo für den Staatsfonds die Möglichkeiten und Grenzen liegen, mit seinen Ethik-Richtlinien einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten, ist Thema von Abschnitt 6. In Abschnitt 7 wird auf mögliche Ergebnisse der zurzeit laufenden Evaluation der Ethikrichtlinien eingegangen, die im Frühjahr 2009 in vom Parlament beschlossenen Modifikationen münden soll. Darüber hinaus werden die Möglichkeiten und Grenzen einer Übernahme der norwegischen Regeln durch andere Akteure der Finanzwirtschaft und erste Diffusionseffekte untersucht (Abschnitt 8). Schließlich wird das Resümee um einen Blick auf Stand und Perspektiven norwegischer Klimaschutzinnenpolitik ergänzt (Abschnitt 9).

2 Ressourcenvorkommen als Ausgangspunkt für Staatsfonds

Die meisten Staatsfonds sind in Ländern vorzufinden, die über Rohstoffvorkommen verfügen. Sie dienen dazu, überschüssige Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl, Erdgas und anderen Ressourcen anzulegen. Damit wollen sich die Länder zum einen gegen Preisschwankungen absichern. Sinken die Rohstoffpreise, soll auf die in Hochpreisphasen gebildeten Rücklagen im Staatsfonds zurückgegriffen werden. Zum anderen werden Staatsfonds als Vorkehrung für jene Zeit begriffen, in der die Ressourcen erschöpft sind und keine Einnahmen mehr generieren. Dann sollen mit ihnen zum Beispiel die Rentenzahlungen oder andere staatliche Leistungen finanziert werden. Auch sollen Staatsfonds die Überhitzung von Volkswirtschaften verhindern. So sind die Einnahmen Norwegens aus dem Öl- und Gasverkauf so hoch, dass ihre vollständige Verwendung im Inland eine extreme Inflation zur Folge haben könnte.⁸

Der Norwegian Governmental Pension Funds, auf den im Folgenden weiter eingegangen wird, war Ende 2007 der zweitgrößte Staatsfonds der Welt. Nur das Anlagevolumen des Fonds der Vereinigten Arabischen Emirate war noch größer als das Norwegens (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Die größten Staatsfonds (Stand Ende 2007)⁹

Land	Anlagevolumen in Mrd. USD (€)
Vereinigte Arabische Emirate	875 (563,62 €)
Norwegen	438 (282,13 €)
Saudi-Arabien	300 (193,24 €)
Kuwait	200 (128,83 €)
China	144 (92,76 €)
Russland	140 (90,18 €)

⁸ Norwegian Ministry of Finance 2006. Für allgemeine Informationen zum Thema Staatsfonds siehe auch http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/75/10/dokument.html?titel=Staats_fonds&id=55700157&top=Start&suchbegriff=staatsfonds&quellen=&vl=0 sowie <http://de.wikipedia.org/wiki/Staatsfonds>, letzter Zugriff jeweils am 30.05.2008

⁹ Deutsche Bank Research, http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_ENPROD/PROD000000000219224.pdf, letzter Zugriff am 29.05.2008

3 Vom ersten norwegischen Ölfeld zum Staatsfonds

Nachdem 1959 in den Niederlanden das Groningen-Gasfeld entdeckt wurde, ist die Suche nach Öl- und Gasvorkommen in der Nordsee verstärkt worden. Ein Jahrzehnt später wurde schließlich das erste Ölfeld in norwegischem Territorium entdeckt. Im Juni 1971 ist die Produktion im Ekofisk-Feld aufgenommen worden. Das skandinavische Land ist der fünftgrößte Öl- und drittgrößte Gasexporteur sowie der zehntgrößte Öl- und der fünftgrößte Gas-Produzent in der Welt. Vor allem die Europäische Union hat ein großes strategisches Interesse an Norwegen¹⁰, das nach Russland größter Lieferant von Erdgas ist und für ca. ein Drittel der Einfuhren nach Westeuropa verantwortlich zeichnet. Deutschland ist Norwegens Hauptabnehmer von Erdgas. Das deutsche Unternehmen E.ON Ruhrgas ist der größte Erdgas-Einzelkunde Norwegens. Die norwegische Regierung geht davon aus, dass die Produktion fossiler Energieträger in ihren Landesgrenzen weiter wachsen wird. Zwar wird von einem Rückgang der Öl-Produktion ausgegangen, der aber von einem weiteren Wachstum bei der Erdgas-Förderung überkompensiert werden soll.¹¹

1990 wurde damit begonnen, die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft im so genannten Petroleum Fonds anzulegen¹². Im Jahr 2004, als für die Anlage-Politik des Fonds ethische Richtlinien eingeführt worden sind (siehe unten), wurde eine Namensänderung vorgenommen: seitdem ist vom Norwegian Governmental Pension Fund die Rede. Es gibt den Norwegian Governmental Pension Fund – Global und den Norwegian Governmental Pension Fund – Norway, der in Unternehmen in Norwegen und skandinavischen Nachbarländern investiert. Im Norwegian Governmental Pension Fund – Global waren Ende 2007 rund 95 Prozent des Fondsvermögens angelegt. Dieser Fonds legt sein Vermögen komplett im Ausland an, um eine Überhitzung der inländischen Wirtschaft zu verhindern. 60 Prozent des Fondsvermögens sind in Aktien, 40 Prozent in Anleihen festgelegt.

Im Norwegian Governmental Pension Fund wird der Cashflow aus den Öl- und Gas-Aktivitäten des Staates angelegt. Dies ist der Differenzbetrag aus den Einnahmen (wie Steuern und Dividenden von Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist) und Ausgaben des Staates im Öl- und Gasgeschäft. Im Jahr 2007 beliefen sich diese Einnahmeüberschüsse auf 316,4 Mrd. NOK (39,40 Mrd. €) (siehe Tabelle 2). Das

¹⁰ Zur Pflege der Beziehungen gibt es seit September 2006 den Energiedialog EU-Norwegen. Zuletzt ist vereinbart worden, insbesondere Austausch und Zusammenarbeit zum Thema CO₂-Abscheidung und -Speicherung zu verstärken. Siehe dazu die Pressemitteilung des EU-Energiekommissar Andris Piebalgs vom 25.7.2007.

¹¹ Ministry of Petroleum and Energy, <http://www.regjeringen.no/en/dep/oed/Subject/Energy-in-Norway.html?id=86981>, letzter Zugriff am 30.05.2008

¹² Bis dahin sind die Einnahme dem allgemeinen Haushalt zugeführt worden.

strukturelle Haushaltsdefizit, das der norwegische Staat ohne seine Öl- und Gas-einnahmen hat¹³, wird mit den Gewinnen aus dem Staatsfonds ausgeglichen, wobei maximal eine Fonds-Rendite von 4 Prozent in den Staatshaushalt überführt werden soll (liegt die Rendite über 4 Prozent, wird der zusätzliche Gewinn im Staatsfonds angelegt). Da die Gewinne in der jüngsten Vergangenheit höher lagen, trugen sie neben den laufenden Einnahmen zu einem weiteren Wachstum des Fonds bei. Allein im Jahr 2007 ist der Fonds um 392 Mrd. NOK (48,81 Mrd. €) gewachsen (siehe Tabelle 3).

Tabelle 2: Der norwegische Öl- und Gas-Sektor in Zahlen (in Mrd. NOK)¹⁴

	2007	2008	2009	2012	Oil price sensitivity 2008 ¹⁾
<i>Assumptions:</i>					
Crude oil. NOK per barrel	423	500	408	400	
Production. Mill. Sm ³ oil equivalent	238	240	249	251	
Crude oil and NGL	148	141	140	136	
<i>NOK billion:</i>					
Export value ²⁾	509	600	528	502	7.3
Accrued taxes and royalties ³⁾	197	233	187	153	6.0
Paid taxes and royalties ³⁾	191	216	210	156	3.0
Net cash flow ⁴⁾	316	356	332	268	5.5
<p>1) Effects of an oil price increase of NOK 10 per barrel 2) Crude oil, natural gas, NGL and pipeline transport 3) Income and property taxes, surtax, production tax, area tax and CO₂ tax. NO_x-tax in 2007 and 2008. 4) Taxes and excise duties, net revenues from SDØE (State Direct Financial Interest) and dividends from Statoil</p> <p>Sources: Statistics Norway, Ministry of Petroleum and Energy and Ministry of Finance</p>					

¹³ Im Jahr 2007 betrug das Minus 1,3 Mrd. NOK (161,89 Mio. €), für 2008 rechnet der Haushaltsentwurf sogar mit einem Defizit von 13 Mrd. NOK (1,62 Mrd. €), 2006 waren es sogar 44 Mrd. NOK (5,48 Mrd. €).

¹⁴ Ministry of Finance, <http://www.regjeringen.no/en/dep/fin/Press-Center/Press-releases/2008/revised-national-budget-2008-sound-fisca.html?id=511405>, letzter Zugriff am 30.05.2008

Tabelle 3: Staatshaushalt und Government Pension Fund im Überblick
(in Mrd. NOK.)¹⁵

	2006	2007	2008
1. Fiscal Budget			
Total revenues	994.9	1030.1	1119.5
Revenues from petroleum activities	376.6	337.4	381.4
Revenues excl. petroleum activities	618.3	692.7	738.1
Total expenditures	683.5	715.1	776.9
Expenditures on petroleum activities	21.2	21.1	25.7
Expenditures excl. petroleum activities	662.3	694.0	751.1
Fiscal budget surplus before transfers to the Pension Fund – Global	311.4	315.0	342.6
- Net revenues from petroleum activities	355.4	316.4	355.7
= Non-oil budget surplus	-44.0	-1.3	-13.0
+ Transfers from the Pension Fund – Global	57.4	2.8	13.0
= Fiscal Budget surplus	13.4	1.5	0.0
2. Government Pension Fund			
Net transfer to the Pension Fund – Global	298.0	313.6	342.6
+ Dividends on the Pension Fund	64.1	78.4	81.6
= Surplus in the Pension Fund	362.1	392.0	424.2
3. Fiscal Budget and Government Pension Fund consolidated surplus	375.5	393.5	424.2

Source: Ministry of Finance

¹⁵ Ministry of Finance, <http://www.regjeringen.no/en/dep/fin/Press-Center/Press-releases/2008/revised-national-budget-2008-sound-fisca.html?id=511405>, letzter Zugriff am 30.05.2008

4 Von der intergenerationellen Gerechtigkeit zur Ethik der Gegenwart

Die Auflegung des norwegischen Staatsfonds kann mit den Worten von Hans Jonas als eine „Ethik der Fernverantwortung“¹⁶ bezeichnet werden. Der Ressourcenreichtum soll nicht nur Wohlstand für ein bis zwei Generationen in der Gegenwart, sondern auch für Generationen in der Zukunft gewährleisten. Wenn Öl und Gas eines Tages nicht mehr zur Verfügung stehen, soll der Fonds soviel Mittel bereit halten, dass zukünftige Generationen den gegenwärtigen hohen Lebensstandard in dem Königreich aufrechterhalten können (siehe Abschnitt 1). Dieser Anspruch der intergenerationellen Gerechtigkeit genießt eine breite Akzeptanz in der norwegischen Gesellschaft. Ende der 1990er Jahre aber setzte eine Diskussion ein, dass das Thema „Staatsfonds und Ethik“ noch eine andere Facette habe: was mit dem angelegten Geld aktuell konkret bewirkt wird. Dient es den Werten, die in dem skandinavischen Land verbreitet sind, oder wirkt es ihnen entgegen?

Die Diskussion, dass Geld nicht neutral und unpolitisch ist, sondern gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich beeinflussen kann, ist nicht neu: schon im 19. Jahrhundert begannen kirchliche Gruppen in der ganzen Welt, besonders in den USA, bestimmte Ausschlusskriterien für die Anlage ihres Vermögens aufzustellen: so wurden Unternehmen aus Branchen wie Alkohol, Tabak oder aber Pornographie als Tabu für die Geldanlage betrachtet. Inspiriert durch gesellschaftliche Entwicklungen wie die Umwelt- und Frauenbewegung oder zum Beispiel homosexuellen Gruppen begann in den 1970er Jahren ebenfalls ausgehend von den USA im Bereich der privaten Geldanlage eine Entwicklung, stärker auch andere ethische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Dabei formulierten einige Fonds Ausschlusskriterien (wie kein Geld in Atomkraft, Gentechnik, schwulenfeindliche Firmen, usw.), andere stützten sich auf Positiv-Kriterien. Dabei ist das Geld entweder in bestimmte als vorbildlich erachtete Branchen geflossen (wie erneuerbare Energien, ökologischer Landbau, usw.), oder es wurde der so genannte Best-in-class-Ansatz verfolgt, nach dem aus den verschiedensten Branchen (wie Telekommunikationen, Autoherstellung, etc.) der jeweilige „Ethik-Champion“ gekürt und daraufhin als Objekt der Geldanlage ausgewählt wurde.

¹⁶ Hans Jonas: Das Prinzip Verantwortung: Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt/M., 1979.

Mit Norwegen hat nun das erste Land für seinen Staatsfonds so genannte „Ethik-Richtlinien“ formuliert¹⁷. In deren Mittelpunkt steht einerseits der Ansatz, Unternehmen in Form von „Active Ownership“ von der Einhaltung der Ethik-Richtlinien zu überzeugen; andererseits für den Fall der Nichtbeachtung ihre Anteile zu verkaufen und sie aus dem Portfolio auszuschließen. Während für „Active Ownership“ die Norwegische Staatsbank verantwortlich ist, soll ein eigens eingerichteter Ethikrat dem Finanzministerium Vorschläge für den Ausschluss von Unternehmen unterbreiten. Das Finanzministerium hat dann das Letztentscheidungsrecht, ist dem Vernehmen nach aber bislang immer den Vorschlägen des Ethikrates gefolgt. Leitlinie für die drei relevanten Akteure (Bank, Ethikrat, Finanzministerium) sind die vom norwegischen Parlament (Storting) Ende 2004 beschlossenen Ethik-Richtlinien, die auf den so genannten Graver-Report zurückgehen.¹⁸ Danach sollen Unternehmen ausgeschlossen werden, die Waffen produzieren (oder an entsprechenden Unternehmen beteiligt sind), die im normalen Anwendungsfall fundamentale Menschenrechte verletzen. Ebenfalls sollen Firmen aus dem Portfolio verbannt werden, die zu ernsthaften oder systematischen Menschenrechtsverletzungen beitragen, wozu vorsätzliche Tötung, Folter, Freiheitsberaubung, Zwangsarbeit, die schlimmsten Formen von Kinderarbeit und andere Ausbeutungen von Kindern gezählt werden. Ferner werden erhebliche Beeinträchtigungen individueller Rechte in Situationen von Krieg und Konflikten ebenso wie Korruption und andere ernsthafte Verletzungen fundamentaler ethischer Normen genannt. Darüber zählt zu den ethischen Richtlinien die Aussage, dass Unternehmen ausgeschlossen werden sollen, die zu einer ernsthaften Schädigung der Umwelt beitragen. Auf diesen Punkt möchte ich mich im Folgenden konzentrieren.

¹⁷ Dazu ist allerdings anzumerken, dass die Staatsfonds islamischer Länder den Regeln des Islamic Banking folgen. Dazu zählen soziale und ethische Ausschlusskriterien wie Verbot von Investitionen in Alkoholherstellung und –Vertrieb, Prostitution, Pornographie, Glücksspiel oder aber die Verarbeitung von Schweinefleisch und der Handel damit. Vergleich http://de.wikipedia.org/wiki/Islamic_Banking, letzter Zugriff am 02.06.2008.

¹⁸ Unter Vorsitz des Osloer Jura-Professors Hans Petter Graver wurde auf Basis eines Parlamentsbeschlusses von Juni 2002 eine Kommission gebildet, die von Oktober 2002 bis Juni 2003 einen Bericht erarbeitete, auf dessen Basis Ende 2004 von der Storting die ethischen Richtlinien beschlossen wurden. Dem Graver Report ging seinerseits umfangreiches Lobbying seitens von Nicht-Regierungsorganisationen für die Integration ethischer Kriterien in die Anlagepolitik des Staatsfonds, vor allem von „Future in our Hands“ und des NGO-Dachverbandes „Forum“, voraus, das vor allem von der Sozialistischen Partei von Beginn an unterstützt wurde. Interessanterweise stimmte auch die rechtspopulistische Fortschrittspartei (FP), die sich mit einer stärkeren Verwendung der Petroleum-Einnahmen für soziale Zwecke im Inland profiliert, in einer lagerübergreifenden Allianz der Einsetzung der Graver-Kommission zu (Interview Graver).

5 Anwendung der Ethik-Richtlinien im Bereich Umwelt- und Klimaschutz

Was bedeuten die Ethik-Richtlinien in der Praxis? Während man sich unter so genannten „unethischen“ Waffen sofort etwas vorstellen kann, sich Assoziationen wie Landminen, Streubomben etc. umgehend erschließen und auch die schlimmsten Formen von Kinderarbeit ein vergleichsweise nachvollziehbares Kriterium sind, stellt sich die Frage, was die gerade einmal drei Worte zum Umweltschutz („severe environmental degradation“) konkret bedeuten. Wann trägt ein Unternehmen zu einer ernsthaften Schädigung der Umwelt bei? Was sind die Ziele von „Active Ownership“ im Fall des Umweltschutzes? Was ist der Gegenstand von entsprechenden Gesprächen mit Unternehmen, was soll dabei erreicht werden? Wie disqualifiziert sich ein Unternehmen so, dass es aus dem Portfolio auszuschließen ist? Dazu sind mit den relevanten Akteuren Interviews geführt worden: mit der Leiterin der Corporate Governance Unit in der norwegischen Staatsbank, einem Mitglied des Ethikrates ebenso wie der Leiterin des Sekretariats sowie einer der für Ethik zuständigen Mitarbeiter im Finanzministerium aus der zehnköpfigen für die Belange des Fonds zuständigen Asset Management Abteilung.

Zunächst soll das Konzept des „Active Ownership“ als wichtigstes Instrument zur Umsetzung der Ethik-Richtlinien dargestellt werden, ehe auf das zweite Instrument des Ausschlusses von Unternehmen näher eingegangen wird.

Die norwegische Staatsbank geht aktiv auf Unternehmen aus ihrem Portfolio zu, um sie für die Werte und Normen des norwegischen Staatsfonds zu sensibilisieren. Neben den Ethik-Richtlinien bezieht sich die Bank in ihrem Wirken für „Sustainable Business“, wie die Leiterin der Corporate Governance Unit ihre Mission bezeichnet, auf internationale Übereinkünfte für verantwortliches Wirtschaften, wobei konkret der UN Global Compact, die OECD Principles of Corporate Governance sowie die OECD Guidelines for Multinational Enterprises genannt werden. Darin enthalten sind Anliegen, wie dass Vorstandsgehälter nicht unverhältnismäßig, das heißt ohne Verbindung zur aktuellen Unternehmensperformance, steigen; dass Anteilseigner transparent über alle relevanten Firmen-Aspekte informiert werden und sich ihnen auf Geschäftsversammlungen umfangreiche Wahlmöglichkeiten bieten; dass Korruption nicht toleriert wird.

Zwar werden in Tätigkeitsberichten gerne beeindruckende Zahlen genannt, an wie vielen Unternehmensversammlungen teilgenommen und wie viele Anträge eingebracht wurden, doch ist sich die mit zehn Mitarbeitern ausgestattete Corporate Governance Unit der Bank bei einem Anlageuniversum von ca. 8.000 Unternehmen, die ihrerseits Beteiligungen an schätzungsweise 800.000 – 1 Mio. Unternehmen halten, ihrer Begren-

zungen bewusst. Deshalb besteht der Ansatz darin, sich für das so genannte „Active Ownership“ intern auf Schwerpunkte, das heißt bestimmte Regionen und Sektoren, zu verständigen, die strukturiert verfolgt werden. Im Bereich des Umweltschutzes habe man dabei den Entschluss gefasst, sich auf das Thema Klimaschutz in den USA zu konzentrieren, auch vor dem Hintergrund der Präsidentschafts- und Kongresswahlen im November 2008. Dies wird von der Leiterin der Arbeitseinheit damit begründet, dass die USA einen überproportionalen Anteil zur Erderwärmung leisteten. Es sei aus Sicht der Bank sinnvoll, sich auf ein Land zu konzentrieren, in dem es in Sachen Klimaschutzpolitik noch Nachholbedarf gibt. Zielgruppe der Gespräche seien dabei Großunternehmen aus den Bereichen Energie und Mobilität gewesen. Deren Positionierung sei entscheidend für das Agieren politischer Akteure auf der föderalen Ebene. Außerdem könnten Veränderungen, die im US-Amerikanischen Kongress auf den Weg gebracht werden, die weltweite Debatte positiv beeinflussen. Deshalb trete die Bank mit Firmen aus ihrem Portfolio in den Dialog, die Lobbyarbeit gegen geplante Klimaschutzgesetze vom Senat und Repräsentantenhaus betreiben. Ziel sei es, die Unternehmen von den vielfältigen Vorzügen einer pro-aktiven Klimaschutzpolitik und den entsprechenden Erwartungen des norwegischen Staatsfonds zu überzeugen. Ein Schwerpunkt wird dabei gezielt auf das Thema Emissionshandel gelegt – zum einen zu der Frage, wie sich die Unternehmen zu dem System der EU verhalten (dem sich Norwegen als erstes Nicht-EU-Land¹⁹ angeschlossen hat²⁰), zum anderen mit dem Impetus, dass Bestrebungen in den USA für die Einführung eines Emissionshandelssystems unterstützt werden. Dabei wurde gezielt das Gespräch zum Lieberman-Warner Climate Security Act mit Unternehmen gesucht. Der von den Senatoren Joe Lieberman und John Warner im Oktober 2007 in den Senat eingebrachte Gesetzentwurf sieht die Einführung eines nationalen Emissionshandelssystems vor, das die Treibhausgasemissionen in den USA bis 2050 gegenüber dem Basisjahr 2005 um 63 Prozent begrenzen soll (mit konkreten Zwischenzielen für 2012 und 2020).²¹

Nach Angaben der Leiterin der Corporate Governance Unit sei das Erstaunliche in den Gesprächen mit den Großunternehmen aus den Bereichen Energie und Mobilität gewesen, dass die Bank Termine mit hochrangigen Vertretern der Firmen bekommen habe. Vom ersten Moment habe sie den Eindruck gehabt, dass die Anliegen der Bank sehr ernst genommen würden. Inzwischen haben sich viele Unternehmen in den USA für die Einführung eines Emissionshandelssystems im Allgemeinen oder aber das Lieberman-Warner-Gesetz im Besonderen ausgesprochen und sich teilweise sogar (wie der Automobilkonzern Ford) Netzwerken wie der United States Climate Action Partner-

¹⁹ Norwegen ist mit der EU als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) in wirtschaftlichen Fragen eng verbunden. EWR ist ein Abkommen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU sowie Island, Liechtenstein und Norwegen, das den Binnenmarkt auf diese Länder ausdehnt. Siehe dazu auch www.bundesregierung.de/Content/DE/Lexikon/EUGlossa/E/2005-11-22-europaeischer-wirtschaftsraum-ewr.html.

²⁰ Norwegen ist Teil des EU-Emissionshandelssystem seit Beginn der zweiten Phase am 1.1. 2008. 40 Prozent der norwegischen CO₂-Emissionen sind in den Handel mit der Europäischen Union eingebunden. In der Pilotphase in Norwegen, die wie die erste Phase des EU-Systems von 2005–2007 lief, wurden nur 10 Prozent der CO₂-Emissionen vom System abgedeckt.

²¹ Vgl. <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/bdquery/z?d110:S.2191>:

ship (USCAP)²² angeschlossen, die sich für ein Cap and Trade System einsetzen. Zu messen, welchen Beitrag die norwegische Bank zu dem Stimmungswechsel in den USA beigetragen hat, sei zwar schwierig, aber die Bank hoffe, dazu beigetragen zu haben.

Messbarer, zumindest aber transparenter als das „Active Ownership“ sind die Ergebnisse der Arbeit des aus fünf Mitgliedern²³ bestehenden Ethikrates, der zudem noch über ein Sekretariat mit sechs hauptamtlichen Mitarbeitern verfügt: Seit Einführung der Ethikrichtlinien hat das Finanzministerium auf Vorschlag des Ethikrates 27 Unternehmen aus dem Portfolio des Staatsfonds verbannt. 20 Firmen sind dabei wegen der Produktion von besonders unmenschlichen Waffen (oder Beteiligung an entsprechenden Unternehmen) ausgeschlossen worden²⁴, 7 Unternehmen wurden wegen der Verletzung anderer ethischer Kriterien verbannt. Neben zwei Unternehmen, die wegen Menschenrechtsverletzungen ausgeschlossen wurden²⁵ zählen dazu fünf Unternehmen, denen vorgeworfen wird, zu einer ernsthaften Schädigung der Umwelt beigetragen zu haben: Freeport McMoRan Copper & Gold Inc., DRD Gold Ltd., Vedanta Resources Ltd. (inklusive seiner Beteiligungen), Sterlite Industries Ltd. und Madras Aluminium Company Ltd.

Freeport war das erste Unternehmen, das vom Ethikrat aus Umweltgründen aus dem Portfolio verbannt wurde. Es ist ein Bergbau-Unternehmen aus den USA, das auf der Insel Neu-Guinea in Indonesien eine der weltweit größten Kupferminen besitzt. DRD Gold ist ein südafrikanisches Unternehmen, das die Tolukuma-Goldmine in Papua Neuguinea betreibt. In beiden Fällen werden natürliche Flusssysteme als Deponie genutzt. Der Ethikrat führt aus, dass Papua Neuguinea und Indonesien die einzigen Länder auf der Welt seien, die noch eine Fluss-Deponierung zuließen. Zwar sei man sich im Ethikrat bewusst, dass nicht alle Umweltstandards aus Industrie- in Entwicklungsländer übertragen werden können, doch seien sich alle internationalen Schlüsselakteure wie die Weltbank einig, dass die Entsorgung von Bergbau-Abfällen in Flüssen unakzeptabel sei, weil sie zu Schäden führe, die beträchtlich, nicht rückgängig zu

²² <http://www.wri.org/climate/us-climate-action-partnership>. Siehe zum Stimmungswechsel in den USA ausführlicher Danyel Reiche: Vom Schmutzkind zum Öko-Pionier? Zur Neuausrichtung der US-Energiepolitik, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik. März 2007, S. 341–347.

²³ Die Mitglieder des Ethikrates sind nur nebenamtlich tätig und arbeiten in Berufen wie als Hochschullehrer. Für die monatlichen Sitzungen wird eine Aufwandsentschädigung gezahlt.

²⁴ 8 Firmen wurden wegen der Produktion von Streubomben, elf Unternehmen (darunter Boeing) wegen der Herstellung von Atomwaffen, eine Firma wegen der Produktion von Anti-Personen Landminen ausgeschlossen. Vgl. Council on Ethics for the Government Pension Fund – Global: Annual Report 2007, S. 10.

²⁵ In beiden Fällen handelt es sich um den weltgrößten Einzelhändler Wal Mart – einmal für das Hauptunternehmen in den USA, einmal für das Tochterunternehmen in Mexiko. Der Ethikrat bemängelte systematische Verletzungen von Menschenrechten und Rechten am Arbeitsplatz, Überstunden ohne Kompensation und eine systematische Diskriminierung von Frauen. Auf Schreiben des Ethikrates hatte Wal Mart nicht reagiert. Der Botschafter der USA in Norwegen protestierte wiederholt gegen den Ausschluss von Wal Mart (Interview Lund).

machen und von langfristiger Natur seien. Beide Unternehmen hätten auf Nachfrage keine Absicht erkennen lassen, ihre Entsorgungspraxis zu verändern.²⁶

Das britische Metall- und Bergbauunternehmen Vedanta Resources Ltd. und seine Tochtergesellschaften Sterlite Industries Ltd. und Madras Aluminium Company Ltd. sind wegen Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen in Indien ausgeschlossen worden, wo der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Unternehmen liegt. Dort produzieren sie Kupfer, Aluminium und Zink. Die Unternehmen seien an der Vertreibung von Eingeborenen-Stämmen beteiligt gewesen. Neben diesem Beitrag zu massiven Menschenrechtsverletzungen seien die Umweltgefahren erheblich, insbesondere der Umgang mit den großen Mengen an hochriskanten, giftigen Müll: durch die sorglose, unsichere Deponierung seien Erdboden und Grundwasser mit Schwermetallen kontaminiert worden, was selbst bei einer sofortigen Aufgabe der Produktion andauern und zu langfristigen Schäden führen würde. Der Ethikrat bezieht sich ausdrücklich auch auf eine Stellungnahme eines Ausschusses des höchsten indischen Gerichtes, das die Vorkommnisse ebenfalls bemängelt. Da die Produktionsstätten von Vedanta überwiegend in dicht besiedelten Gegenden gelegen seien, womit neben den schon stark betroffenen Arbeitern auch noch viele weitere Menschen in Mitleidenschaft gezogen werden, und zudem für geplante neue Projekte keine höheren Umweltstandards vorgesehen sind, sieht der Ethikrat keine Alternative zum Ausschluss.

²⁶ Ministry of Finance, <http://www.regjeringen.no/en/dep/fin/Press-Center/Press-releases/2006/Two-companies---Wal-Mart-and-Freeport---.html?id=104396&epslanguage=EN-GB> sowie <http://www.regjeringen.no/en/dep/fin/Press-Center/Press-releases/2007/Mining-company-excluded-from-the-investm.html?id=462551&epslanguage=EN-GB>, letzter Zugriff jeweils am 04.06.2008

6 Beitrag der Ethik-Richtlinien zum globalen Klimaschutz – Restriktionen und Erfolgsbedingungen

Die Hauptrestriktion der Ethik-Richtlinien als ein mögliches effektives Instrument der Klimaschutzpolitik besteht zum einen in der Größe des Portfolios des Staatsfonds, zum anderen in der geringen Anteilshöhe, die im Durchschnitt erworben wird. Bei ca. 8.000 Unternehmen, die noch dazu Beteiligungen an ca. 800.000 bis 1 Mio. weiteren Unternehmen halten, stoßen die Corporate Governance Unit der Norwegischen Bank sowie der Ethikrat an Kapazitätsgrenzen. Der Ethikrat hat zur Unterstützung seiner Arbeit zwei entsprechend spezialisierte Firmen mit der Auswertung von Zeitungsartikeln über Aktivitäten der Unternehmen im Portfolio des Staatsfonds beauftragt. Auf diesem Weg sollen die eklatantesten Verstöße gegen die Ethik-Richtlinien aufgedeckt werden. Diese Strategie setzt allerdings voraus, dass ernsthafte Schädigungen der Umwelt (und andere Verstöße der Ethik-Richtlinien wie Menschenrechtsverletzungen) auch ans Licht der Öffentlichkeit gelangen. Da das Fondsmanagement aus Gründen der Risikostreuung Anteile von Unternehmen in verschiedensten Weltregionen, das heißt nicht nur in demokratischen Industrieländern mit freier Presse und sensibler Öffentlichkeit, erwirbt, stößt die Strategie, über Presseberichte auf Verstöße der Ethik-Richtlinien zu stoßen, an gewisse Grenzen.

Während man aber wohl noch davon ausgehen kann, dass die allerschlimmsten Praktiken der Umweltverschmutzung (auch dank der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen) über kurz oder lang den Weg in die Öffentlichkeit finden und der Ethikrat damit eine halbwegs solide Arbeitsgrundlage hat, können die zehn Mitarbeiter der Corporate Governance Unit der Bank nur nach der Devise „in der Beschränkung liegt der Meister“ verfahren und gezielt Schwerpunkte setzen. Im Jahr 2007 führte die Bank Gespräche mit rund 15 Unternehmen, was gerade einmal 0,19 Prozent der Unternehmen im Portfolio entspricht. Als weitere Schwierigkeit kommt hinzu, dass der Fonds in der Regel nur einen geringen Anteil von Gesellschaften erworben hat. Theoretisch könnte der Fonds mit seinem Vermögen eine Aktienmehrheit von Großunternehmen wie DaimlerChrysler, Volkswagen, Allianz oder Siemens erwerben und dann die Geschäftstätigkeit nach den norwegischen Werten und Normen ausrichten. Aus Gründen der Risikostreuung – um das Hauptziel, den Wohlstand für zukünftige Generationen zu erhalten, nicht aus den Augen zu verlieren – existiert jedoch für den Staatsfonds eine Obergrenze bezüglich des Erwerbs von Anteilen an einem Unternehmen. Diese ist in der Vergangenheit jedoch wiederholt angehoben worden, zuletzt, im Juni 2008, von 5 auf 10 Prozent²⁷. Dies erhöht theoretisch den Einfluss der Bank, um

²⁷ Im Jahr 2000 war eine Ausweitung von 1 auf 3 Prozent, 2006 von 3 auf 5 Prozent beschlossen worden (Interview Kvam).

etwa für eine pro-aktive Haltung zum Klimaschutz im jeweiligen Unternehmen eintreten zu können. Im Durchschnitt ihres Portfolios hält sie jedoch gerade einmal 0,8 Prozent der Anteile an einer Gesellschaft.

Eine weitere Restriktion der Anwendung der Ethik-Richtlinien liegt darin, dass 40 Prozent des Fondsvermögens in Anleihen festgelegt sind. Da es sich hierbei überwiegend um Staatsanleihen handelt, müsste einem kompletten Land ein unethisches Verhalten unterstellt werden – etwas, das nur in Ausnahmefällen geschehen dürfte. Eine solche erste Ausnahme bildete im Jahr 2007 die Entscheidung, nicht in Staatsanleihen von Burma zu investieren. Faktisch gelten die Ethik-Richtlinien jedoch primär für jene 60 Prozent des Fondsvermögens, die in Aktien investiert sind.

Trotz der angesprochenen Begrenzungen dürfte der tatsächliche Einfluss des Fonds jedoch größer als angenommen sein. So dürfte es sich kein Unternehmen der Welt wünschen, vom norwegischen Staatsfonds ausgeschlossen zu werden. Es ist kaum etwas Schlimmeres für das Image denkbar als von dem Fonds eines Staates ausgeschlossen zu werden, der unter anderem wegen seiner hohen Lebensqualität (siehe Abschnitt 1) weltweit über ein hohes Ansehen verfügt. Dass es tatsächlich schon zum Ausschluss von Unternehmen gekommen ist, zeigt, dass es der Staatsfonds nicht nur bei Worten belässt sondern falls notwendig auch Taten folgen lässt. Dies stärkt das Hauptinstrument der ethischen Richtlinien, das „Active Ownership“ der Bank. Sie wird dadurch in den Gesprächen mit Vertretern auch großer Unternehmen sehr viel ernster genommen, als es wohl ohne das worst-case-Instrument des Unternehmensausschlusses im Schatten der Gespräche der Fall wäre. Zwar lassen sich die tatsächlichen Erfolge des „Active Ownership“ kaum messen, allerdings ist unverkennbar, dass Unternehmen in den USA sich pro-aktiver zum Thema Klimaschutz verhalten und auch Initiativen zur Einführung eines Emissionshandelssystems zunehmend unterstützen, womit ein Hauptziel der Bank erreicht ist, auch wenn sie selbst vielleicht nur einen kleinen Beitrag dazu leisten konnte. Wegen des großen Beitrags der USA zu den globalen Treibhausgasemissionen und der wichtigen Rolle des Landes für die weltweite Politikentwicklung ist die jüngste Schwerpunktsetzung des „Active Ownership“ ohne Frage nachvollziehbar gewesen. Die Frage ist allerdings, wie die ethischen Richtlinien in Zukunft so weiter entwickelt werden können, dass sie noch mehr im Sinne ihrer Ziele wirken.

7 Evaluation der Ethik-Richtlinien

In jüngster Vergangenheit ist ein Evaluationsprozess in Bezug auf die ethischen Richtlinien angelaufen. In zwei voneinander getrennten Gutachten wurden die Arbeit des Ethikrates und der Bank (sowie ihre Zusammenarbeit) einerseits (Chesterman/Albright Group 2008) und die Möglichkeit von „Positive Selection“ als zukünftige Investitionsstrategie andererseits untersucht (Johnsen/Gjølberg 2008). Diese beiden Gutachten sind im Juni 2008 in einem öffentlichen Hearing im Finanzministerium vorgestellt worden. Ein vom Finanzministerium verfasstes Konsultationspapier fasst die wesentlichen Aussagen zusammen und benennt den weiteren Fahrplan für den Evaluationsprozess (Ministry of Finance 2008). Im Frühjahr 2009 soll das norwegische Parlament abschließend über eine Modifizierung der Ethik-Richtlinien beraten.

Insgesamt wird im Konsultationspapier ein positives Fazit des bestehenden Systems gezogen. Gleichwohl ist zu erwarten, dass in Zukunft neben einer Modifizierung der Regeln für „Active Ownership“ und insbesondere den Unternehmensausschluss (wie eine neu einzuführende Exklusion von Tabakfirmen²⁸; auch der Ausschluss von Firmen, die mit Pornographie und Glücksspiel ihr Geld verdienen ist in der Diskussion, aber wohl weniger wahrscheinlich) ein drittes Instrument eingesetzt wird: das so genannte „Positive Screening“ (auch „Positive Selection“ genannt). Darunter wird verstanden, das Fondsvermögen gezielt in bestimmte Branchen zu investieren. In verschiedenen Interviews sind Unternehmen aus dem Bereich der regenerativen Energieerzeugung dabei als eine erwartete Schwerpunktsetzung genannt worden. Ein Mitglied des Ethikrates sprach wörtlich vom „naheliegendsten Kandidaten“. Aus Gründen der Risikostreuung ist aber selbst im Gespräch mit einer zum Thema sehr aktiven NGO betont worden, dass nur ein bestimmter Prozentsatz des Fondsvermögens (und nicht das gesamte Kapital) dem „Positive Screening“ unterliegen soll (in mehreren Gesprächen war von zehn Prozent des Fondsvermögens die Rede). Die für den Staatsfonds zuständige Finanzministerin aus der Sozialistischen Partei gilt als Anhängerin des „Positive Screening“.

Das „Positive Screening“ würde an etwas anknüpfen, das mit dem Environmental Funds schon einmal in Ansätzen bestanden hat. Von Anfang 2001 bis Ende 2004 wurde ein kleiner Teil des Fondsvermögens gezielt für Investitionen in Unternehmen eingesetzt, bei denen davon ausgegangen wurde, dass ihre Geschäftstätigkeit nur einen vergleichsweise geringen negativen Einfluss auf die Umwelt hat, die bestimmte Anforderungen

²⁸ Nach Angaben von Norwatch sind die Investitionen des Governmental Pension Funds in Tabakfirmen im Jahr 2006 noch einmal um 44 Prozent auf insgesamt 1,29 Mrd. Euro angestiegen. Vergleiche Pia Gaarder: Petroleum Fund: Developing Countries up in Smoke, www.norwatch.no, letzter Zugriff am 11.6.2008.

der Umweltberichterstattung erfüllten oder bestimmte Zertifizierungen vorweisen konnten. Die Erfüllung der Anforderungen wurde von der britischen Consultingfirma Ethical Investment Research Service (EIRIS) überprüft. Der Environmental Funds wurde nicht aus dem Staatsfonds ausgegliedert, sondern war dessen Bestandteil und wurde somit auch von der Norwegischen Staatsbank verwaltet. 2001 wurde zunächst 1 Mrd. NOK (124,53 Mio. €) für den Umweltfonds bereit gehalten, ein Jahr später wurde er noch einmal um die gleiche Summe (also insgesamt 2 Mrd. NOK/249,05 Mio. €) aufgestockt. Mit der Einführung der ethischen Richtlinien Ende 2004 wurde zugleich der Umweltfonds wieder eingestellt da nun ja, wie es hieß, für das gesamte Portfolio vergleichbare Kriterien Anwendung finden würden. Gleichwohl kann der Umweltfonds als ein Wegbereiter für die spätere Einführung ethischer Kriterien gesehen werden, weil damit zum ersten Mal andere Kriterien als die der Risikostreuung und Profitmaximierung zum Einsatz kamen. Sollte nun das so genannte „Positive Screening“ in größerem Maßstab zum Einsatz kommen, kann auf die Erfahrungen des früheren Umweltfonds zurückgegriffen werden. Spannende Fragen für die Zukunft lauten: soll das „Positive Screening“ dazu dienen, nur in bestimmte Branchen zu investieren? Oder soll der so genannte Best-in-class-Ansatz zum Zuge kommen, nach dem aus den verschiedensten Branchen die jeweiligen „Ethik-Champions“ für einen Anteils-erwerb in Frage kommen? Sollen bestimmte Zertifizierungen Voraussetzung für den Aktien-erwerb sein? Oder soll die Aufnahme in bestimmte Indizes Basis sein?

Wenn man die Höhe des Anlagenvermögens bedenkt (Ende 2007 438 Mrd. USD/ 282,13 Mrd. €, siehe Abschnitt 2) und den für das „Positive Screening“ diskutierten Prozentsatz von zehn Prozent des Staatsfonds für Investitionen in im Sinne des Klimaschutzes wirkende Unternehmen unterstellt (43,8 Mrd. USD/ 28,21 Mrd. €), kann man ermessen, dass gewaltige Kapitalmengen für einen ökologischen Transformationsprozess der Energiewirtschaft frei gemacht würden. In diesem Zusammenhang interessant ist auch der im Konsultationspapier verfolgte Gedanke, bis zu fünf Prozent des Vermögens des Staatsfonds in eine neue Anlageform, nämlich geschlossene Immobilienfonds, anzulegen, und dabei auch „grüne“ Kriterien wie effizienten Energie- und Wasserverbrauch für den Liegenschafts-Erwerb anzulegen (Ministry of Finance 2008: 35 f.).

8 Diffusion der Ethik-Richtlinien

Bei der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Diffusion der Ethik-Richtlinien in andere Länder ist zum einen zu berücksichtigen, dass in Norwegen ein günstiges situatives Umfeld vorherrscht: die Volkswirtschaft boomt, zumindest Erdgas ist noch viele Jahrzehnte als wichtige Einnahmequelle für den Staat vorhanden, es gibt annähernd Vollbeschäftigung und der Lebensstandard zählt zu den höchsten in der Welt (siehe Abschnitt 1). In einem solchen Kontext können Themen wie ethisches Wirtschaften und Klimaschutz leichter hoch oben auf der politischen Agenda Platz finden als in einer Atmosphäre der Existenz- und Abstiegsangst von weiten Teilen der Gesellschaft.

Zum anderen ist zu bedenken, dass viele andere Länder mit Staatsfonds nicht demokratisch organisiert sind und über keine lebendige Zivilgesellschaft verfügen, die ein solches Thema in den politischen Diskurs einspeist.

Allerdings könnten Länder wie Deutschland überlegen, aus dem Verkauf von Devisen- und Goldvorräten einen eigenen Staatsfonds mit Ausrichtung etwa auf ökonomische Aktivitäten für den Klimaschutz aufzulegen, um Norwegen zu unterstützen. Damit würde die kritische Masse solcher Staatsfonds mit ethischer Ausrichtung wachsen und das globale Druckpotenzial auf andere Staatsfonds zunehmen. Zwar wäre der Fonds etwa im Vergleich mit seinen Pendants in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Norwegen eher klein (siehe Abschnitt 2). Doch immerhin verfügt die Bundesbank neben ihrem Goldschatz über Devisenreserven im Wert von knapp 30 Milliarden Euro, meist angelegt in amerikanischen Schuldverschreibungen. Die Anlagen werfen wegen der US-amerikanischen Niedrigzinspolitik immer weniger Erträge ab. „Die innovative Anlagestrategie würde nicht nur wie eine Versicherung gegen rüpelhaftes Benehmen ausländischer Staatsfonds wirken, sie würde sich auch finanziell lohnen. Die Beteiligungen werfen mehr ab als US-amerikanische Staatsanleihen. Mit dem Gewinn ließen sich zusätzliche Investitionen zum Beispiel in Bildung finanzieren oder Schulden zurückzahlen, was Mittel im Haushalt freimacht“, schreibt Christian Reiermann in seinem Plädoyer für einen deutschen Staatsfonds.²⁹

²⁹ Vgl. Christian Reiermann: Warum Deutschland einen eigenen Staatsfonds braucht, in Spiegel online vom 30.04.2008, www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,550512,00.html

Allerdings machen Staatsfonds weltweit nur zwei Prozent der Finanzmärkte aus³⁰. Insofern ist interessant zu verfolgen, inwiefern der norwegische Staatsfonds mit seinen Ethik-Richtlinien auch andere Akteure der Finanzwirtschaft inspirieren kann. Erste Nachahmer der norwegischen Ethik-Richtlinien haben sich jedenfalls schon gefunden: Mehrere skandinavische Großinvestoren, unter ihnen der Oslo Pension Fund, die große norwegische Versicherungsgruppe KLP (Kommunal Landspensjonkasse) und der zweite schwedische Pensionsfonds Allmänna Pensionsfonden (AP 2), folgten 2006 mit ihren Entscheidungen. Nachdem KLP schon vor längerem ethische Richtlinien erlassen hat, haben auch alle vier schwedischen Pensionsfonds einen gemeinsamen Ethikrat gegründet. Er soll die 3500 Unternehmen, an denen die Fonds Anteile halten, nach Umwelt- und Sozialstandards durchleuchten.³¹

In einem Interview sagte der Staatssekretär im norwegischen Finanzministerium, Roger Schjerva, dass 20 internationale Fonds und Investoren der Politik des Norwegian Governmental Pension Fund folgen und die gleichen Firmen ausschließen, darunter der italienische Investor Generali, der zahlreiche Fonds verwaltet, die eine vergleichbare Größe wie der norwegische Pensionsfonds haben. Auf seiner Webseite bezieht sich Generali ausdrücklich auf die norwegischen Ethik-Richtlinien.³²

Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Nachahmer weiter zunehmen wird. In den Interviews mit Vertretern des Finanzministeriums, des Ethikrates und der norwegischen Bank ist über das weltweit große Interesse an den norwegischen Ethik-Richtlinien berichtet worden. Indikator dafür sind unzählige Einladungen zu Konferenzen³³ sowie Delegationsbesuche von verschiedenen Vertretern der Finanzwirtschaft in Oslo. Internationale Akteure wie die OECD und die Weltbank betrachten den Norwegischen Staatsfonds zunehmend als ein Vorbild (nicht nur wegen der Ethik-Richtlinien, sondern vor allem wegen seines Beitrages zur intergenerationellen Gerechtigkeit), der etwa bei Anhörungen als Referenz herausgestellt wird. Nach Angaben von Eli Lund vom Ethikrat arbeitet der Weltwährungsfonds (IMF) derzeit an einem Best-Practice-Leitfaden für Staatsfonds und hat in diesem Zusammenhang großes Interesse an den norwegischen Erfahrungen. Die Norwegische Staatsbank nutzt ihrerseits die Vereinten Nationen als Plattform, um etwa mittels der UN Principles for Responsible Investment (UN-PRI) ihre Werte und Normen in die globale Arena zu transportieren. Ferner wirkt die Bank in Netzwerken wie dem International Corporate Governance Network (ICGN) mit.

³⁰ Arne Storn: „Wir sind Gast in ihrem Haus“, Interview mit Yngve Slyngstad (Chef des norwegischen Staatsfonds) in: Die Zeit vom 13.03.2008, download unter www.zeit.de/2008/12/Staatsfonds-Interview-Deutsch?page=1

³¹ Susanne Bergius: Kein Komplize sein. Norwegens Pensionsfonds investiert nur in ethisch korrekte Firmen. Sünder fliegen in aller Öffentlichkeit aus dem Portfolio, zum Beispiel Wal-Mart. Das sorgt für Aufsehen, in: Zeit online vom 25.05.2007, www.zeit.de/online/2007/22/gro-nystuen-konzept.

³² Siehe www.norwatch.no, News vom 31.01.2008, letzter Zugriff am 15.05.2008 sowie <http://www.generalicom.com/generalicom/sezione.do>

³³ „Ich könnte 365 Tage im Jahr reisen“, sagte die Vertreterin der Bank in diesem Zusammenhang im Interview (Interview Kvam).

Mit dem 2005 aufgelegten „Oil for Development“-Programm von Norad, der Norwegian Agency for Development, berät Norwegen 24 ressourcenreiche Entwicklungs- und Schwellenländer, wie die Einnahmen aus dem Öl- und Gasverkauf langfristig nachhaltig angelegt werden können. Die Verbreitung der Ethik-Richtlinien scheint hier noch nicht im Mittelpunkt zu stehen, was auch damit erklärt werden kann, dass viele Länder überhaupt erstmal von der Idee eines Staatsfonds zu überzeugen sind.³⁴ Um weitere Länder zu erreichen, strebt Norad die Zusammenarbeit mit Weltbank und UNDP, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, an.³⁵

Welche Dynamik der Ausschluss aus dem norwegischen Staatsfonds entfalten kann, zeigt auch, dass das höchste Gericht in Indien der Firma Vedanta eine Betriebserlaubnis entzogen und unter anderem mit deren Ausschluss vom norwegischen Staatsfonds begründet hat (Interview Føllesdal). Dies ist ein weiterer Beleg dafür, wie nationalstaatliche Innovationen einen erheblichen Einfluss auf die globale Politikentwicklung ausüben können.³⁶

³⁴ In mehreren Interviews wurde Norad auch unterstellt, nicht nur eine bessere Welt, sondern vor allem die Interessen der norwegischen Öl- und Gas-Wirtschaft, im Sinn zu haben.

³⁵ Equipo Nizkor: „Norway breaking the oil curse“, www.derechos.org/nizkor/econ/norway.html, letzter Zugriff am 20.06.2008.

³⁶ Siehe zu diesem Gedanken ausführlicher Danyel Reiche: Zur zentralen Bedeutung des Nationalstaates im Mehrebenensystem. Ein Beitrag zur gegenwärtigen Governance-Diskussion, FFU-report 04-2005, 11 p., download unter http://web.fu-berlin.de/ffu/ffu_e/index.html.

9 Resümee und Ausblick

Für den globalen Klimaschutz war die Bedeutung des norwegischen Staatsfonds bislang sicherlich begrenzt, darf aber auch nicht unterschätzt werden: einige der für besonders schwere Umweltschäden verantwortlichen Unternehmen wurden aus dem Portfolio verbannt, Unternehmen in den USA in Gesprächen („Active Ownership“) davon überzeugt, eine pro-aktivere Haltung zu vorgeschlagenen Klimaschutzgesetzen im Kongress wie der Einführung eines Emissionshandelssystems einzunehmen. Wenn in Zukunft auch noch ein Teil des Anlagevermögens für direkte Investitionen etwa in Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder für nachhaltige Immobilien eingesetzt werden sollte, würden die Ethik-Richtlinien als ein Instrument der Klimaschutzpolitik weiter optimiert werden.

Die rechtspopulistische Fortschrittspartei (FP) versucht mit der Forderung, weniger Geld im Staatsfonds anzulegen und mehr für soziale Zwecke im Inland auszugeben, Stimmung zu machen.³⁷ In jüngeren Umfragen (Stand Mitte 2008) kam sie auf bis zu 30 Prozent. Die Ethik-Richtlinien hingegen verfügen über eine breite Akzeptanz in norwegischer Politik und Gesellschaft. Ausdruck der großen Akzeptanz ist auch die Tatsache, dass die Ethik-Richtlinien von einer konservativen Regierung eingeführt und nun von einer Mitte-Links-Regierung fortgeführt und weiter entwickelt werden.

Forderungen nach einer Modifizierung gehen in erster Linie dahin, sie zu verschärfen. Kritik entzündet sich in erster Linie an Widersprüchen, etwa dass ein Unternehmen aus dem Fonds ausgeschlossen worden ist (Lockheed Martin), von dem andererseits vom norwegischen Verteidigungsministerium weiterhin Waffen beschafft werden. „We will never be able to act 100 % consistent in all areas. But that should not lead us to the conclusion of doing nothing“, heißt es von Seiten des Finanzministeriums.³⁸

Norwegen sollte allerdings nicht nur durch seine globalen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Verwaltung des Fonds (der ja zu 95 Prozent im Ausland Anlagen vornimmt), sondern auch durch seine Politik im Innern zum Klimaschutz beitragen. Während sich das Königreich in den internationalen Verhandlungen um ein Klimaschutzregime als pro-aktiver Staat zu profilieren versucht, steckt es innenpolitisch im Dilemma, ein Öl- und Gasproduzent zu sein, der erheblich zum Ausstoß von Treibhausgasen beiträgt. Dem ehrgeizigen Ziel eines „Carbon neutral Norway“ bis 2050 sollten auch Taten in Form von Energieeffizienz, Energiesparen und Förderung erneuerbarer Energien folgen, die mit einem kurz- und mittelfristig wirkenden Maßnahmenpaket

³⁷ Vgl. Bernd Parusel: Norwegens rechte Versuchung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 08/2006, S. 912–915.

³⁸ Ministry of Finance, <http://www.regjeringen.no/en/>, letzter Zugriff am 30.05.2008

realistische Zwischenschritte auf den Weg bringt (statt allein auf die unsichere Zukunftsoption Carbon Capture Storage, CCS, zu vertrauen). Die Realität ist, dass der Energieverbrauch in Norwegen seit 1980 um durchschnittlich 1,4 Prozent wächst.³⁹ Gerade die Strompreise sind im westeuropäischen Vergleich zu niedrig, um einen Einspar- und Effizienzanzreiz darzustellen: Ansätze wie die Anfang der 1990er Jahre eingeführte CO₂-Steuer gilt es weiter zu entwickeln.

Zwar liegt der Anteil der Wasserkraft im Strommarkt bei rund 98 Prozent. Da es politisch nicht durchsetzbar ist, die größten noch unberührten Flüsse des Landes einer kommerziellen Nutzung zu unterziehen und weitere Wasserkraftanlagen zu bauen, rückte eine Vollversorgung aus Wasserkraft-Strom im Elektrizitätsmarkt in immer weitere Ferne. Zur Befriedigung der Stromnachfrage musste in jüngster Zeit immer wieder auch Kohlestrom aus Dänemark und Atomstrom aus Schweden importiert werden und 2007 ging das erste Gaskraftwerk in Norwegen ans Netz. Trotz der großen Windkraft-Potenziale wird das Land erst im Jahr 2008 die 1.000 MW-Marke überspringen und liegt damit im europäischen Vergleich gerade einmal im unteren Mittelfeld. Das Land hat noch keine überzeugende Förderpolitik mit ausreichender Vergütung und langfristiger Investitionssicherheit entwickelt, die die Basis für ein Wachstum anderer erneuerbarer Energien als der Wasserkraft legt⁴⁰.

Zwar verfügt Norwegen über einen Energiesparfonds mit dem Ziel, ein Prozent Energie pro Jahr einzusparen. Doch ob das institutionelle Umfeld mit der *Agentur für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, ENOVA*, ausreichend ist, wird von vielen Experten bezweifelt⁴¹. Auch ob die Ansiedlung des Bereiches erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Ministerium für Öl und Energie zielführend ist, gilt als fraglich. Dabei hätte Norwegen mit seiner Atlantikküste und seiner dünnen Besiedlung die Chance, gerade die Windkraft so weit zu entwickeln, dass von der produzierten Elektrizität nicht nur der Strommarkt, sondern auch der Transportsektor (Elektro-Autos) bedient werden könnte.⁴² Mit einem umweltfreundlichen Elektrizitäts- und Transportsektor in Verbindung mit den schon jetzt strikten Energieverbrauchsstandards für den Wärmebedarf im Gebäudesektor könnte Norwegen ein globaler Pionier werden, der nicht nur durch seine außenwirtschaftliche Aktivitäten, sondern auch durch seine Politik im Innern vorbildlich dem Klimaschutz dient.

Würde zumindest ein kleiner Teil des Staatsfonds im eigenen Land in die Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbare investiert, würde er so den Bürgern direkt Kosten sparen und der Gesamtwirtschaft ermöglichen, weniger Strom zu importieren bzw. sogar zu exportieren und mehr Öl zu exportieren.

³⁹ Bfai: Norwegen – Energiewirtschaft 2006, download unter www.bfai.de

⁴⁰ Ein zunächst geplanter gemeinsamer Handel grüner Zertifikate mit Schweden scheiterte. Siehe dazu www.realise-forum.net.

⁴¹ ENOVA hat 40 Mitarbeiter.

⁴² Eine Elektro-Auto Produktionsstätte gibt es schon in Norwegen. Siehe www.think.no.

Literatur

- Bergius, Susanne*: Kein Komplize sein. Norwegens Pensionsfonds investiert nur in ethisch korrekte Firmen. Sünder fliegen in aller Öffentlichkeit aus dem Portfolio, zum Beispiel Wal-Mart. Das sorgt für Aufsehen, in: Zeit online vom 25.05.2007, www.zeit.de/online/2007/22/gro-nystuen-konzept
- Bundesagentur für Außenwirtschaft, bfai*: Norwegen – Energiewirtschaft 2006, download unter www.bfai.de
- Chesterman, Simon/Albright Group*: Assessment of Implementation of Articles 3 and 4 of the Ethical Guidelines for the Government Pension Fund – Global, 21 May 2008, Oslo
- Council on Ethics for the Government Pension Fund – Global*: Annual Report 2007, Oslo
- Equipo Nizkor*: „Norway breaking the oil curse“, download unter www.derechos.org/nizkor/econ/norway.html
- Gaarder, Pia*: Petroleum Fund: Developing Countries up in Smoke, download unter www.norwatch.no
- Graver Committee*: Green Paper “Management for the Future”, Oslo 2003
- Johnsen, Thore/Gjølberg, Ole*: Ethical Management of the Government Pension Fund – Global: An updated Analysis, 14 May 2008, Oslo
- Jonas, Hans*: Das Prinzip Verantwortung: Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt/M., 1979
- Norwegian Ministry of Finance*: Report No. 24 (2006–2007) to the Storting, On the Management of the Government Pension Fund in 2006
- Norwegian Ministry of Finance*: Report No. 16 (2007–2008) to the Storting, On the Management of the Government Pension Fund in 2007
- Norwegian Ministry of Finance*: Consultation Paper – Evaluation of the Ethical Guidelines for the Government Pension Fund – Global, 20 June 2008, Oslo
- Parusel, Bernd*: Norwegens rechte Versuchung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 08/2006, S. 912–915.
- Piebalgs, Andris*: Energiedialog EU – Norwegen: beide Parteien bekräftigen starkes Engagement für CO₂-Abscheidung und –Speicherung, Pressemitteilung des EU-Energiekommissars vom 25.7.2007.
- Reiche, Danyel*: Vom Schmuttelkind zum Öko-Pionier? Zur Neuausrichtung der US-Energiepolitik, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik. März 2007, S. 341–347.
- Reiche, Danyel*: Zur zentralen Bedeutung des Nationalstaates im Mehrebenensystem. Ein Beitrag zur gegenwärtigen Governance-Diskussion, FFU-report 04-2005, 11 p., download unter http://web.fu-berlin.de/ffu/ffu_e/index.html.
- Reiermann, Christian*: Warum Deutschland einen eigenen Staatsfonds braucht, in Spiegel online vom 30.04.2008, www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,550512,00.html
- Storn, Arne*: „Wir sind Gast in ihrem Haus“, Interview mit Yngve Slyngstad (Chef des norwegischen Staatsfonds) in: Die Zeit vom 13.03.2008, download unter www.zeit.de/2008/12/Staatsfonds-Interview-Deutsch?page=1

Internetadressen

Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, www.bundesregierung.de
Council on Ethics for the Government Pension Fund – Global,
http://www.regjeringen.no/en/sub/Styrer-rad-utvalg/ethics_council.html?id=434879
Deutsche Bank Research, <http://www.dbresearch.com>
Generali, <http://www.generali.com/generalicom/sezione.do>
Library of Congress, <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/bdquery/z?d110:S.21>
Norwegian Ministry of Finance, <http://www.regjeringen.no/en/dep/fin/>
Norwegian Ministry of Petroleum and Energy, <http://www.regjeringen.no/en/dep/oed/>
Norwegian Water Resources and Energy Directorate, NVE, <http://www.nve.no/>
Norges Bank, <http://www.norges-bank.no/>
Norwatch, www.norwatch.no
Realise Forum, www.realise-forum.net
Spiegel Wissen, <http://wissen.spiegel.de>
Thinkglobal, www.think.no
United Nations Development Programme, <http://hdr.undp.org/>
United States Climate Action Partnership, USCAP, <http://www.wri.org/climate/us-climate-action-partnership>
Währungsrechner, <http://www.oanda.com/convert/classic>
Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/>

Gesprächspartnerliste

Alm, Dr. Kristian: Professor an der Norwegian School of Management (BI) (02.05.2008)
Føllesdal, Dr. Andreas: Professor an der University of Oslo, Mitglied des Ethikrates (05.05.2008)
Graver, Hans Petter: Professor an der University of Oslo, Vorsitzender der nach ihm benannten Graver-Kommission (06.06.2008)
Kvam, Anne: Head of Corporate Governance, Norges Bank Investment Management (28.05.2008)
Lie, Valborg: Asset Management Department (Government Pension Fund) Ministry of Finance (14.05.2008)
Lund, Eli: Executive Head of Secretariat, Council on Ethics, Norwegian Governmental Pension Fund – Global (05.05.2008)
Ørstavik, Gunhild: Forum for Environment and Development (ForUM) (13.05.2008)